

attac LB/Bietigheim-Bissingen
Veranstaltung am 07.02.2007
"Kapitalismus – einer, viele oder keiner?"

Auszüge aus:

Georg Otto

Warum der Marxismus scheitern musste

und

Führt der "dritte Weg" der PDS in den demokratischen Sozialismus oder in einen Sozialkapitalismus?

Originaltexte erhältlich bei Georg Otto:
alternative-dritter-weg@t-online.de

[Marxismus, S. 5:]

Die Überzeugung, Privateigentum und Privatwirtschaft seien Ursache des Kapitalismus, seiner Krisen und der Ausbeutung, ist jedoch älter als ihre wissenschaftliche Begründung. Nahezu alle Frühsozialisten der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts vertraten diese Thesen. Auch der junge Karl Marx und der junge Friedrich Engels stellten diese Behauptung bereits im "Kommunistischen Manifest" von 1847 auf, in dem sie die "Expropriation der Expropriateure" verlangten – die Enteignung der Enteigner.

Die wissenschaftliche Begründung wurde im nächsten Jahrzehnt erarbeitet. Sie erschien in den "Grundrissen der Kritik der politischen

Ökonomie" (1857/58), in der "Kritik der Politischen Ökonomie" 1859, in der "Theorie über den Mehrwert" 1862/63 und in der Zusammenfassung dieser Arbeiten im Band I "Das Kapital" mit dem Untertitel "Kritik der politischen Ökonomie" 1867. Der Band III wurde erst nach dem Tode von Marx von Friedrich Engels herausgegeben (1894).

Die Forderung nach Aufhebung von Privateigentum und Privatwirtschaft entspringt also nicht einer unvoreingenommenen Forschung über die Wirtschaftsverhältnisse, sondern die dabei entwickelte Mehrwerttheorie ist eine Rechtfertigungstheorie für eine bereits früher proklamierte unumstößliche politische Forderung.

[Marxismus, S. 13:]

(...) untersuchen wir, wie Marx die Geldfunktionen beurteilt. Wir sehen dann, daß es der Mehrwertlehre überhaupt nicht bedurfte, um die Ausbeutung zu erklären.

[Marxismus, S. 14-17:]

In der Naturalwirtschaft, in der direkt Ware gegen Ware (W – W) getauscht wird, ist der Austausch kein Problem. *Verkauf kann nur durch gleichzeitigen Kauf stattfinden und umgekehrt.*

(...)

Dieses "notwendige Gleichgewicht der Verkäufe und Käufe" - d.h. diese Grundbedingung für einen krisenfreien Wirtschaftsablauf, der in der Warenwirtschaft "naturegegeben" ist, wird von Marx in der Geldwirtschaft zu Recht verneint. Das Zwischentreten von Geld in den Tausch W – W, so daß dieser zum Tausch W – G – W wird, ermöglicht die Auflösung des unteilbaren Prozesses W – W in zwei Teilbereiche: W – G und G – W.

(...)

"Weil keiner zu kaufen braucht, weil er selbst verkauft hat", können die zu Geldbesitzern gewordenen Warenbesitzer in dem Maße warten, wie ihr eigenes Produkt und das erlöste Geld über ihrem Existenzminimum liegen.

(...)

Geld ermöglicht die zeitliche Unterbrechung des Produktaustau-

ches und damit der Produktion, also die Einleitung einer Krise, weil es nicht "unmittelbar" kaufen muß: „(...) Keiner kann verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat. (...)“

(...)

Die Geldbesitzer können warten. Die Warenbesitzer in der Regel nicht oder nur kürzere Zeit. Ihr Geld steckt ja in ihrem Warenvorrat und Waren unterliegen einem natürlichen Wertverschleiß. Noch weniger können die Besitzer der Arbeitskraft warten. Auch Streikkassen sind bald leer.

[Marxismus, S. 23/24:]

(...) kann das aufgespeicherte Geld als Handels- oder Industriekapital seinen Einsatz in der Form $G - W - G$ nun davon abhängig machen, daß die Warenproduzenten und die Arbeiter von vornherein bereit sein müssen, einen Teil des von ihnen durch Arbeit zu schaffenden Werts an die Kapitalbesitzer abzutreten, *andernfalls erhalten sie von diesen das zur Produktion nötige Kapital nicht.*

Das Geld kann seinen Verwertungsprozeß bereits sperren, ehe er begonnen hat. Allein die Möglichkeit, per Geldsperre Krisen auslösen zu können, genügt, den geforderten Mehrwert/Zins aufzubringen. Zwar wird der Mehrwert erst in der Produktion erarbeitet und in der zweiten Zirkulationsphase – beim Verkauf – realisiert, aber er wird bereits bei der Bereitstellung des Kapitals zur Produktion gefordert, denn das Geldkapital steht, wie es Marx – alte Gedanken erneut aufnehmend – in Band III klar sagt, "vor und außerhalb des Produktionsprozesses":

Das in W zu erzeugende $W+$ muß spätestens nach der Realisierung in $W+ - G+$ vom Unternehmerkapitalisten (fungierender, prozessierender Kapitalist) an den Geldkapitalisten abgeführt werden. Für Marx ist es eine "objektive Tatsache", daß "der Zins dem Geldkapitalisten, dem Leihher" zufließt, "der bloßer Eigentümer des Kapitals ist, also das bloße Kapital-Eigentum vertritt vor dem Produktionsprozeß und außerhalb des Produktionsprozesses." (S. 387)

Marx nimmt also im 3. Band eine Mehrwertaneignung vorweg, wie sie später von Gesell beschrieben wird. Sie steht im Totalwiderspruch zur Mehrwerttheorie im Band I.

["dritter Weg" der PDS, S. 36-38:]

Engels (...) hat die Gedanken von Marx im "Anti-Dühring" so einfach und volkstümlich dargestellt, daß eigentlich jeder Marxist diesen Totalwiderspruch zur Mehrwerttheorie erkennen mußte.

Sinngemäß sagte er auf Seite 283/284 – das genaue und recht lange Zitat über eine Seite sollte jede/r selbst nachlesen:

Eigentumsformen sind völlig belanglos dafür, ob in einer Gesellschaft Ausbeutung stattfindet oder nicht.

Engels wirft nämlich Eugen Dühring vor, daß in dessen Kommunismus an den Geldverhältnissen nichts geändert wird. Selbst wenn jeder den gleichen Lohn erhält, würde sich in der Dühringschen Kommune nach kurzer Zeit Neukapitalismus bilden. Die einen kommen mit dem Lohn nicht aus, andere können sparen. Die Sparer werden zu Schatzbildnern, bei denen die anderen borgen müssen - gegen Zins. So entwickelt sich im Kommunismus neuer Zinswucher, aus den Geldverleihern werden über die Kapitalakkumulation durch Zins- und Zinseszinsanhäufung bald Bankiers, die die Wirtschaft beherrschen, auch wenn dem Namen nach die Produktionsmittel noch Jahrzehnte im Eigentum der Kommune sind. Die Kommune muß sich für den Mehrwert der Geldkapitalisten tapfer abrackern und der Kommunismus hat sich neu in Kapitalismus verwandelt.

Im Grunde hat Engels hier die spätere Entwicklung in der Sowjet-Union, im Realsozialismus, vorweggenommen. Denn überall dort, wo verstaatlicht oder Belegschaftseigentum geschaffen wurde, blieben die alten kapitalistischen Geldverhältnisse bestehen. Der Zins wurde lediglich bei ca. 5% auf Jahrzehnte verstaatlicht und so den neuen Kapitalisten, die sich aus der neuen herrschenden Klasse bildeten, auch noch das Risiko des Kapitaleinsatzes abgenommen.

Der Sowjet-Ökonom Tugan-Baranowski hat dies nach 1945 in der "Täglichen Rundschau", damals Organ der Sowjetischen Besatzungsmacht, zugegeben und auch heutige Sowjet-Ökonomen sehen das so, daß in der Sowjet-Union bisher ein Durchschnittszins von 5% für langfristige Anlagen gezahlt wurde. Das bedeutet eine Kapitalverdoppelung über Zins/Zinseszins in 14 ½ Jahren, in 29 Jahren bereits eine Vervierfachung, in 43 ½ Jahren eine Verachtfachung der Vermögen. Und das geht so weiter!

Der Zinskapitalismus des freien Kapitalismus wurde lediglich verstaatlicht. Der Sozialismus pervertierte zum Staatskapitalismus, obwohl sich die Produktionsmittel seit 70 Jahren im Eigentum der Gesellschaft des Staates befanden.

Jahrzehntelang funktionierte dieses Ausbeutungssystem mit niedrigem Lebensstandard einigermaßen. Der staatlich garantierte Zins von 5 % sicherte den Geldumlauf. Aber in den letzten Jahrzehnten und Jahren nahm die Geldspekulation zu. Besonders infolge der ungewissen politischen Zukunft. Die Lücken im Geldkreislauf mußten von der Zentralbank durch neues Geld geschlossen werden und die SU segelte in eine immer uferlosere Inflation hinein. Zur Ausbeutung durch den Zins und durch die riesigen Kosten eines unproduktiven Lenkungs- und Überwachungsapparates kommt jetzt die Ausbeutung durch die Inflation hinzu. Praktisch ist die SU ökonomisch am Ende. Gorbatschow, der die Problematik zwar eingesehen hat, hat aber offensichtlich nicht mehr die politische Kraft, sich gegen die Interessen der Neokapitalisten einerseits, die auf volle Kapitalfreiheit drängen, und gegen die Interessen der immer noch übermächtigen Staats- und Militärbürokratie, durchzusetzen.

[Marxismus, Anhang "Dritter Weg für die DDR"]

Die Herrschaft des kapitalistischen Marktes und des kapitalistischen Profitinteresses wurde durch die Herrschaft der Planungsapparate ersetzt. Die geringe Leistung dieses Systems erzeugt dauernd soziale und politische Unzufriedenheit, die sich nur deshalb jahrzehntelang nicht äußern konnte, weil zusätzlich ein ebenfalls kostenträchtiger politischer Unterdrückungsapparat aufgebaut werden mußte, um politische Unzufriedenheit gewaltsam zu unterdrücken.

Daß in den sogenannten sozialistischen Ländern alles andere, nur kein Sozialismus entstand, liegt nicht daran, daß schlechte Sozialisten sozialistische Politik machten. Auch gute und bestens geschulte Wirtschaftspraktiker können mit diesen Instrumenten kaum ein besseres Ergebnis erzielen. Das staatliche Wirtschaftsprinzip hat sich als ein völlig ungeeignetes Prinzip erwiesen. Die Staatswirtschaft bricht zusammen, nicht der Sozialismus.

Außerdem wirkte das kapitalistische Zins- und Zinseszins-Prinzip, die eigentliche, von den Marxisten nicht erkannte Ausbeutungsursache weiter. Der Zins wurde lediglich verstaatlicht und die Völker doppelt – staatskapitalistisch – ausgebeutet.

["dritter Weg" der PDS, S. 19:]

Das Geldkapital ist als ursprüngliches Kapital – als Kapital an sich, die eigentliche Quelle kapitalistischer Ausbeutung.

Wenn dies so richtig ist – dies behaupten wir zunächst einmal und stellen das in weiteren Schriften noch ausführlicher dar – dann kommt es eben beim Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, weniger auf die Produktionsverhältnisse und die Eigentumsformen an, sondern dann muß dem Geld- und Finanzkapital die Zinsfähigkeit genommen werden.

["dritter Weg" der PDS, S. 40:]

Solange die Finanzkapitalisten den Daumen auf dem Geld halten, d.h. per Geldspekulation/ Geldhortung nach Belieben den Geldhahn auf- und zudrehen können, haben sie die Wirtschaft in der Gewalt und zwingen sie zum Zinszahlen. Da spielen Eigentumsformen oder/und Mitbestimmung keine Rolle. Auch der mitbestimmte Betrieb, auch die Kommune muß Zinsen zahlen wie der Privatbetrieb.

Daran ändert sich auch nichts, wenn die PDS in ihren "Grundpositionen zur Wirtschaftspolitik" – erarbeitet von der Kommission Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik die "Durchsetzung demokratischer Verhältnisse in der Wirtschaft" verlangt. Sie versteht darunter Mitbestimmung bei wirtschaftspolitischen, technologischen Innovationsentscheidungen durch Vertreter der Belegschaften, Kommunen, ökologischen Bewegungen, Verbraucherverbände, unabhängige Experten, "die durch eine Bewertung der Qualität und ökologischen Verträglichkeit von Produkten und Technologien das Verhalten von Verbrauchern und Anwendern und somit die Markt- und Innovationsstrategien der Unternehmer beeinflussen."

(...)

Der ermordete Arbeitgeberpräsident Dr. Hans Schleyer hatte die Katze einmal aus dem Sack gelassen: "Wird das Geldkapital nicht

a n g e m e s s e n bedient, so stellt es sich nicht zur Verfügung". Im Klartext: Ohne Zins, ohne Eingehen auf kapitalistische Forderungen kein Kapital, keine Produktion, sondern Krise, Pleiten und Arbeitslosigkeit.

["dritter Weg" der PDS, S. 26-31:]

Wenn schon das Geld eine so große Rolle im Kapitalismus spielt, so werden sich manche Leser fragen, kommt man dann nicht an die Problemlösung heran, wenn die Gesellschaft und ihre Gruppen direkt über das Bankengeschehen mitbestimmen, denn das meiste Geld läuft ja durch die Banken?

(...)

Solange (...) die kapitalistischen Grundprinzipien der Wirtschaft nicht beeinträchtigt werden, werden selbst die Kapitalanleger mitspielen.

Was aber, wenn über Gesetzgebung oder/und Mitbestimmung versucht wird, die kapitalistische Wachstums- und Verteilungspolitik grundsätzlich in Frage zu stellen? Wenn etwa der Runde oder Grüne Tisch befinden würde, daß zur Sicherung des Lebens künftiger Generationen generell das Wirtschaftswachstum auf Null zu setzen ist (Ökologische Gleichgewichtswirtschaft), oder wenn aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit das Zinsniveau grundsätzlich für weit überhöht erachtet und ein Niedrigzins bei Null gefordert würde? Oder wenn ganze Produktionsbereiche aus Gründen des Gesundheits- wie des Umweltschutzes stark eingeschränkt oder gar verboten werden sollen? Oder wenn, um des Friedens willen, nicht nur Rüstungsexporte verboten, sondern der Rüstungsetat ganz auf Null gefahren werden soll?

Wachstum ist nun einmal das entscheidende Grundprinzip des Kapitalismus. Das Kapital will, soll, muß wachsen. Eine Kapitalanlage ist nur dann rentabel, wenn sie einen Mindestzins oberhalb der Rentabilitätsgrenze einbringt. Fällt der Zins, die Profitrate, in die Nähe dieser Grenze, so stellen Kapitalisten erfahrungsgemäß weitere Investitionen ein. Arbeitslosigkeit entsteht, Firmen brechen zusammen, viel Kapital muß abgeschrieben werden, und das die Krise überstehende Kapital zumeist der größeren Kapitaleigner ist um das in der Krise vernichtete Kapital knapper geworden, so daß der Zins, die

Profitrate, wieder über diese Grenze hochgetrieben wird. Neue Investitionen rentieren sich jetzt wieder, so daß erneut investiert wird. Die Konjunktur beginnt wieder. Das Kapital ist gewachsen, jedenfalls das größere Kapital auf Kosten des in der Krise ausradierten kleineren Kapitals, und es kann bei jetzt hohem Zinsfluß erneut wachsen, bis das kapitalistische Grundgesetz vom "tendenziellen Fall der Profitrate" den Zins wieder auf die Rentabilitätsgrenze drückt.

So spielte sich Kapitalismus doch bisher ab. Und in diesem Punkte werden doch auch ehemalige oder noch Marxisten zustimmen. Und nun will ein Runder/Grüner Tisch Wachstum grundsätzlich ausschalten? Wo soll denn die Kapitalrendite, der Zins, der Mehrwert herkommen, wenn er nicht mehr über Produktionswachstum erzielt werden soll?

Kann er nicht mehr aus weiterem Wachstum erwirtschaftet werden, weil auf Weisung Grüner Tische weitere das ökologisch-ökonomische Gleichgewicht übersteigende Investitionen nicht getätigt und verboten werden, dann muß der Kapitalgewinn voll aus dem bei Gleichgewicht (Nullwachstum) gegebenem Produktionsvolumen durch stärkere soziale Ausbeutung herausgeholt werden.

Das aber würde auf Kosten sozialer Gerechtigkeit gehen. Und diese gehört auch zu den Grundzielen der PDS und anderer Gruppen. Sollten diese am Runden, Grünen oder Sozialen Tisch Zinsabbau fordern, weil sie über heutige Ausbeuterzinsen von über 10 % grundsätzlich empört sind, dann würden sie das kapitalistische Grundgesetz noch direkter angehen.

Oder würde gefordert, gesundheitsschädliche, umweltgefährliche Produktionen in der Großchemie, Atomenergie und Rüstungsindustrie auszuschalten, in denen ja riesige Kapitalien gebunden sind, so würden Hauptfelder kapitalistischer Produktion von Mehrwert oder Zins lahmgelegt.

Diese und weitere Fragen, wünschenswerte Ziele aufzuwerfen, zeigen schon die Schwierigkeiten, in einer grundsätzlich auf industrielles und auf Kapitalwachstum angelegten Wirtschaft gerade diese Hauptprinzipien des Kapitalismus außer Kraft zu setzen.

Oben wurde kurz angedeutet, wie früher der reine Konjunktur- und Krisenzyklus im Zinskapitalismus ablief. Das wird von Marx ähnlich

gesehen wie von den Liberalsozialen, die sich hier sowohl auf Keynes wie auf Silvio Gesell stützen. Marx spricht vom tendenziellen Fall der Profitrate. Gesell sagt, die Verzinsung erreicht die Rentabilitätsgrenze, von der ab nicht mehr investiert wird, und Keynes sieht die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals in Richtung Null rutschen, was "den sanften Tod der Rentner" auslösen würde. (Keynes meint hier die Kapitalrentner, die von der Kapitalrente/rendite leben.)

Weil aber die Kapitalrentner nicht auf ihren sanften Tod warten, weil sie sich nicht die Zinsäste absägen lassen, auf denen sie sitzen, werden sie Runde, Grüne oder Soziale Tische nur solange tolerieren, solange diese das kapitalistische Mehrwert- und Renditegesetz respektieren. Tasten sie dieses an, so werden sie rücksichtslos von ihrer Hauptwaffe Gebrauch machen. Und diese heißt GELDSTREIK, INVESTITIONSVERWEIGERUNG. In der dann ausbrechenden Krise zeigt sich, wer stärker ist: Das Volk und seine Vertreter in Parlamenten oder selbst organisierten gesellschaftlichen Gruppen oder das Finanzkapital vor und außerhalb der Banken.

Dann zeigt sich, daß Mitbestimmung über den Bankenapparat eine rein fikive Mitbestimmung ist.

Wenn dann noch das große Kapital aus Aktien und sonstigen mobilen Beteiligungen aussteigt und die Erlöse aus ihrer Spekulation à la Baisse (auf Krise) auf Eis legen, dann gibt es nichts mehr mitzubestimmen, als darüber, welche Firmen, welche alternativen Projekte, welche mitbestimmten Betriebe kein Geld mehr erhalten können, weil zu wenig da ist. Dann kann nur noch mitbestimmt werden, wer zuerst Pleite anmelden muß und wer zuerst arbeitslos wird.

[*"dritter Weg"* der PDS, S. 44-47:]

Im Kapitalismus wurde durch Krisen und Kriege immer wieder Kapitalknappheit künstlich/gewaltsam hergestellt und so der an sich natürliche Tod des Kapitalismus verhindert. Wenn Geld nicht mehr gehortet werden kann, muß der Kapitalist auch dann noch investieren, wenn er, nach Keynes, sich dadurch als Kapitalrentier selbst tötet. Verliert das Geldkapital seine Zinsfähigkeit, so muß auch das Sachkapital – die Maschinen und Fabriken – den Kapitalcharakter verlieren, denn Sachkapital ist vom Geldkapital abgeleitetes Kapital.

So wie der Geldkapitalzins im Kapitalismus auf damit gebildetes Sachkapital übertragen wird, so verliert dieses seine Zinsfähigkeit, wenn der Geldkapitalzins gegen Null tendiert. Aus dem im Kapitalismus neben dem Geldkapital in Konzernhand so mächtigen Sachkapital wird ein Sachgut ohne Ausbeutungsfähigkeit. Seine Eigentümer können durch seine Anwendung im Produktionsprozeß durch unternehmerische Arbeit lediglich einen Unternehmergewinn als Lohn für ihre Arbeit erwirtschaften. Seine Höhe hängt von dem jetzt erst freien Wettbewerb ab, an dem sich alle Unternehmensformen, ob individuell, genossenschaftlich oder kommunistisch organisiert, beteiligen können. Bei einem Zinsfluß von Null und einer um Null pendelnden Risikoprämie können sich neue private wie genossenschaftlich/kollektive Betriebe bilden, während der jetzige kapitalistische Zinsfuß von ca. 10% in der vom Realsozialismus befreiten ehem. DDR den noch bestehenden Betrieben das Genick bricht und sie über kurz oder lang in westliches Konzerneigentum überführt.

Das heutige hortbare kapitalistische Zinsgeld sichert den Kapitalismus ab. Mit Demokratisierung, neuen Eigentumsformen ist innerhalb der kapitalistischen Geldordnung keine sozialistische Einkommensverteilung durchzusetzen. Das ist keine Frage der Eigentumsordnung, sondern der Geldordnung. Bleibt die kapitalistische Geldordnung bestehen, so wird jede Eigentumsordnung den Zwecken des Geldkapitals unterworfen. Die Arbeitenden müssen den Mehrwert/Zins für das Geldkapital erwirtschaften, egal ob sie in Privatbetrieben, Staatsbetrieben, Genossenschaften, kommunistischen Kollektiven oder den von der PDS vorgeschlagenen neuen gemeinschaftlichen Betrieben arbeiten.

Wir müssen uns jetzt nur noch fragen, ob und wie ein nicht zu hortendes Geld zu gestalten ist. Gesells Vorschlag ist denkbar einfach: Man hänge dem Geld ebenso ein Standgeld an wie es jede Eisenbahnverwaltung gegenüber den Güterwaggons tut. Das Standgeld auf Waggons sichert den reibungslosen Waggonumlauf: Eine bestimmte Zeit hat jedes Unternehmen frei – egal ob Privat- oder Staatsbetrieb, egal ob in kapitalistischen oder realsozialistischen Staaten. Wird diese Zeit überschritten, muß der Betrieb zahlen. Je länger, um so höher wird das Standgeld. Die Waggons können also

nicht als kostenlose Warenschuppen mißbraucht werden. Übertragen auf das Geld: Kostet das Geldhorten Geld, verliert man also dadurch, statt wie bisher im Kapitalismus durch Geldhortung zu gewinnen, nämlich den Zins zu sichern und hoch zu treiben, so schneidet sich der Geldhorter ins eigene Fleisch.

Gesell empfiehlt also eine geldtechnische Sicherung des Geldumlaufs durch Erhebung einer Umlaufgebühr.

Das könnte völlig unbürokratisch organisiert werden. Nach dem Seriengeldverfahren würde das Geld in mehreren deutlich unterscheidbaren Serien ausgegeben (Farben oder Zahlen). Die Notenbank erhält per Gesetz die Vollmacht, dann einen Teil der Serien zum gebührenpflichtigen Umtausch gegen neue Serien auszulösen, wenn sie Anzeichen von Geldhortung = Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes feststellt. Das ist am Preisindex abzulesen, der mit Computertechnik täglich erstellt werden könnte. Sinkender Preisindex zeigt geringere Umlaufgeschwindigkeit oder Geldhortung an und könnte ohne Gegenmaßnahmen zu Konjunkturerbrüchen führen. Die Auslosung einiger Serien wird in der Regel angekündigt und den Wirtschaftsteilnehmern einige Wochen Zeit zur Enthortung gelassen. Da niemand gern freiwillige Verluste erleiden will, wird nach der Ankündigung jede/r ihre/seine Geldbestände überprüfen, ohnehin benötigte Dinge kaufen und Geldüberschüsse zur Bank bringen, die ihrerseits durch Senkung der Kreditbedingungen das Geld möglichst rasch als Kredit in den Geldkreislauf zurückschleust. Die Ankündigung wird in der Regel ausreichen, den Geldumlauf wieder auf Normalumfang und den Preisstand wieder auf die Normalhöhe zu heben, so daß am vorher festgelegten Auslosungszeitpunkt der Notenbankleiter erklären kann, daß infolge volkswirtschaftlich richtigen Verhaltens der Wirtschaftsteilnehmer auf die angekündigte Auslosung verzichtet werden kann.

Stellt aber die Notenbank einen plötzlichen Preiseinbruch durch massive und bewußte Geldhortung = Sabotage der liberalsozialen Geldordnung fest, dann reagiert sie mit der Vollmacht eines schockartigen Umtausches u.U. der gesamten Notenmenge ab einer bestimmten Stückelungsgröße. Etwa ab 200er oder 500er Noten. Die kompletten neuen Serien befinden sich in den Panzerschränken der Landeszentralbanken, so daß sofort ein kompletter Umtausch statt-

finden kann. Dabei kann gesetzlich festgelegt werden, daß unter einer gewissen Höhe der Umtausch 1:1 erfolgt und daß die Umlaufgebühr (Standgeld) mit der Menge des vorgelegten Hortgeldes steigt. Bei Großbeträgen kann gesetzlich auch der entschädigungslose Einzug des Geldes festgelegt werden. *Das ist gerechtfertigt, denn Geldhortung ist eines der größten Verbrechen. Wer Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus! In einer künftigen wirklich sozialen Ordnung muß dieses Hauptverbrechen total ausgeschaltet werden. Wer diese Geldordnung bewußt kippen will, muß mit Totalverlust seiner Hortgelder rechnen.*

Diese Geldordnung ist nicht nur in der Theorie idiotensicher. Sie läßt dem Finanzkapital keine Lücke!

Definition des Kapitalismus von Helmut Creutz aus dem Faltblatt "Kapitalismus – was ist das eigentlich?" (ebenfalls zu beziehen von Georg Otto):

Kapitalismus ist eine Wirtschaft, in der die Bedienung des Kapitals Vorrang hat vor der Bedienung der Arbeit. Es ist ein System, in dem die Kapitaleinkommen, vor allem die der Geldvermögensbesitzer, auf Grund der festgelegten Zinsen einen festen Erstanspruch an das Ergebnis der Arbeit haben, während sich die Arbeitenden mit dem "Rest des Kuchens" zufrieden geben müssen. Es ist ein System, in dem die Überlegenheit des Geldes, gekoppelt mit dem Zinseszinsystem, Geldvermögen und Schulden unermesslich wachsen läßt, ohne Rücksicht auf die echten Bedürfnisse der Menschen und der Natur!

Ebenso fragwürdig wie der Kapitalismus selbst ist seine ständige Verwechslung und Vermischung mit der Marktwirtschaft, die im Grunde Feuer und Wasser sind. Eine funktionierende Marktwirtschaft beruht auf Gegenseitigkeit, die tendenziell zu einem Ausgleich der Interessen führt. Der Kapitalismus dagegen läßt eine Seite ständig reicher und die andere ärmer werden und verfälscht und zerstört die Marktwirtschaft.